

**Ausgabe 1/2004
Karlsruhe, im März 2004**

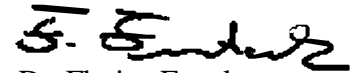
Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Sie werden sich erinnern: *"Karlsruhe. Meine Stadt. Unsere Zukunft"* lautet das Motto der SPD für die Gemeinderatswahl am 13. Juni 2004. Doch durch den Nachtragshaushalt, in dem gegen den Widerstand der SPD starke Einschnitte insbesondere im Sozial- und Jugendbereich beschlossen wurden, wird die Zukunft mancher Verbände und Organisationen ungewiss. Über wichtige Ergebnisse des Nachtragshaushalts werden wir Sie hier informieren. Das Bürgerbegehren zur Erweiterung des Botanischen Gartens ist vom Gemeinderat abgelehnt worden; noch letztes Jahr wurde jedoch der Weg frei gemacht für die Bewerbung Karlsruhes zur Kulturhauptstadt 2010. Mit diesen und anderen Themen befasst sich die vorliegende Ausgabe.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Wir hoffen, dass auch diesmal unsere Ausführungen auf Ihr Interesse stoßen werden. Stellvertretend für die SPD-Fraktion grüßen Sie herzlich



Dr. Heinrich Maul
Fraktionsvorsitzender



Dr. Florian Furtak
Fraktionsgeschäftsführer

v **SPD-Fraktion kümmert sich um Probleme in den Stadtteilen**

Mitte Februar fand eine Vor-Ort-Besichtigung in Daxlanden mit Mitgliedern des Gemeinderats und Vertretern der Stadtverwaltung statt. Ursprung dieser Besichtigung ist eine Ortsbegehung der SPD-Fraktion in Daxlanden vom September 2003 und entsprechende Anträge, welche die SPD in den Gemeinderat eingebracht hat. Erfreuliches Ergebnis ist, dass zwei Pflanzkübel auf dem Schlaucherplatz aufgestellt werden und eine Randbepflanzung mit Narzissen im Herbst 2004 vorgenommen wird. Eine Stromversorgung am Schlaucherplatz scheitert leider an den hierfür erforderlichen finanziellen Mitteln. Für die gewünschte Hecke zur Daxlanderstrasse hin, sieht die Verwaltung keine Notwendigkeit.

Auch in diesem Jahr führt die SPD-Fraktion wieder Ortsbegehungen durch, um zu erfahren, wo den Bürgerinnen und Bürgern der Schuh in den Stadtteilen drückt. **Die Termine sind:**

Beierthim-Bulach (5. April)	Hagsfeld (19. April)	Oststadt (23. April)
Knielingen (26. April)	Weststadt (30. April)	Rintheim (3. Mai)
Oberreut (10. Mai)		

v **SPD lehnt Nachtragshaushalt 2004 ab**

Der Nachtragshaushalt 2004 wurde in der Gemeinderatssitzung am 17. Februar mit den Stimmen von CDU, FDP und KAL gegen die Stimmen von SPD und Grüne verabschiedet. Die SPD-Fraktion hat den Haushalt abgelehnt, weil dieser unzumutbare Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich vorsieht (siehe unten). Haushaltsberatungen stellen immer auch eine Bühne für einen Rundumschlag gegen den politischen Gegner dar. Dies konnte man besonders in der Haushaltsrede von CDU-Fraktionschef Dr. Klaus Heilgeist erkennen, der nicht etwa die Karlsruher SPD kritisierte, sondern in fast jedem Satz die rot/grüne Bundesregierung für alles Übel auf dieser Welt verantwortlich machte. Seine Vorwürfe gipfelten darin, dass die Bundesregierung Schuld trage für die Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen in Karlsruhe, weil sie keine ordentliche Gemeindefinanzreform zustande gebracht hätte. Dieser falschen Behauptung muss hier klar und deutlich widersprochen werden: Die im Dezember 2003 verabschiedete Gemeindefinanzreform bringt den Kommunen Mehreinnahmen von rund 2,5 Mrd. Euro für 2004, ansteigend auf über 7 Mrd. Euro in 2007. Es waren jedoch CDU und CSU die verhindert haben, dass die Mehreinnahmen der Kommunen noch höher ausfallen. Denn sie haben eine Erweiterung des Kreises der Gewerbesteuerpflichtigen abgelehnt. Die Bundes-CDU und die CDU Karlsruhe wollen die Abschaffung der Gewerbesteuer und stattdessen eine steuerliche Mehrbelastung der Einkommens- und lohnsteuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger.

Michael Zeh



47 Jahre alt, ledig, Stadtrat seit 1994

Beruf: Entwicklungsingenieur

Themenschwerpunkte: Wirtschaft und Finanzen, Stadtplanung

Mitglied u.a. im Planungsausschuss, Ausschuss für Wirtschaftsförderung

Hobbies: Schach, Lesen, Gärtnern

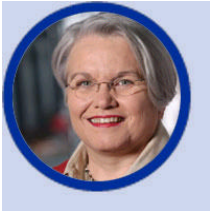
v **Gemeinderat beschließt gegen den Widerstand der SPD Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich**

Das beherrschende Thema der Gemeinderatssitzung am 17. Februar waren die von der Verwaltung eingestellten zum Teil massiven Kürzungen bei den städtischen Zuschüssen für Sportvereine, kulturelle Vereine und soziale Einrichtungen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hatte beantragt, die Kürzungen bei den sozialen Einrichtungen in Höhe von **400.000 Euro** zurückzunehmen. Denn mit diesem Einsparbetrag, der ca. **0,04 Prozent** des Gesamthaushalts ausmacht, kann die Finanzsituation der Stadt nicht verbessert werden, es können jedoch Strukturen zerschlagen werden, die später von der Stadt verbunden mit wesentlich höheren Kosten wieder aufgebaut werden müssten. Darüber hinaus sprach sich die SPD dafür aus, die vielen kleinen kulturellen Vereine von Kürzungen in Höhe von **36.000 Euro** zu verschonen. Leider wurden diese Anträge von der derzeitigen CDU/FDP-Mehrheit abgelehnt.

CDU und FDP setzten sich mit einem Vorschlag durch, der auf den ersten Blick den Betroffenen helfen soll, sich jedoch auf den zweiten Blick als reines Wahlkampfmanöver entlarvt und schließlich ab 2005 drastische Einschnitte zur Folge hat: CDU und FDP beantragten, dass die von der Verwaltung eingestellten Kürzungen erst ab dem **1. Juli 2004** in Kraft treten, womit die Kürzungen für das Jahr 2004 um die Hälfte reduziert werden. Dies bedeutet im Klartext: Bis zur Kommunalwahl am **13. Juni 2004** werden die Vereine und Verbände von den Kürzungen verschont. 2 Wochen nach der Wahl treten die Kürzungen dann voll ein. **Ein Schelm, der Böses dabei denkt !!!**

Eine weitere Konsequenz wird aber gerne verschwiegen: **Ab 1. Januar 2005** wirken sich die Kürzungen in der von der Verwaltung vorgesehenen vollen Höhe aus. Das bedeutet, dass z.B. bei den im Sozial- und Jugendbereich tätigen Verbänden und Organisationen **10,5 Prozent** gekürzt wird. Da bereits im Jahr 2003 die Zuschüsse um 5 Prozent gekürzt wurden, belaufen sich die Kürzungen dann insgesamt auf **15,5 Prozent**.

Angela Geiger



54 Jahre alt, verheiratet, Stadträtin seit 1994, stellv. Fraktionsvorsitzende
Beruf: Hausfrau, früher kfm. Angestellte
Themenschwerpunkte: Jugend und Soziales, ÖPNV
Mitglied u.a. im Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss
Hobbies: Musik, Theater, Lesen, Reisen

■ Sportvereine profitieren von SPD-Antrag

Die SPD-Fraktion hatte in den Nachtragshaushalt einen Antrag auf **Erhöhung der Investitionszuschüsse für die Sportvereine um 300.000 Euro** zuzüglich der Freigabe der Notreserve von **200.000 Euro** eingebracht. Mit diesen **500.000 Euro** sollten die Zuschüsse wieder das Niveau von 1 Mio. Euro aus dem Jahr 2002 erreichen und damit der Beschluss von CDU und FDP im Doppelhaushalt korrigiert werden. Die Erhöhung ist aus Sicht der SPD notwendig, um den Antragsstau bei Sanierungsmaßnahmen in Höhe von derzeit 1.450.000 Euro abzutragen. Ohne die Aufstockung der Mittel müssten die Vereine teure Zwischenfinanzierungen leisten und erst ab 2007 könnten wieder Neuanträge berücksichtigt werden. Gerade in schlechten finanziellen Zeiten muss das Motto heißen: **"Nicht am Sport, sondern durch den Sport sparen."** Leider fand sich in der Gemeinderatssitzung nur eine Mehrheit, die Notreserve von 200.000 Euro freizugeben. Die Erhöhung der Mittel um 300.000 Euro wurden von der derzeitigen Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt. Immerhin können die Sportvereine von den zusätzlich in den Haushalt eingestellten 200.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen profitieren.

v SPD kann Zuschussstreichung für freie Schulen nicht mittragen

Die freien (privaten) Schulen in Karlsruhe leisten eine hervorragende Bildungsarbeit für unsere Schülerinnen und Schüler. Die Stadtverwaltung hatte in den Nachtragshaushalt eine komplette Streichung der Zuschüsse für diese Schulen eingestellt. Dies steht im krassen Widerspruch zur deren anerkannten Leistung. Deshalb beantragte die SPD-Fraktion, bei den „kleinen“ Schulen wie z.B. der Parzival- und der Augartenschule überhaupt keine Streichung des Zuschusses vorzunehmen, bei den „großen“ Schulen wie z.B. dem Heisenberg Gymnasium und der Waldorfschule lediglich eine Kürzung von 10 Prozent. Während der Gemeinderat bei den „großen“ Schulen dem Antrag der SPD folgte, setzte sich die derzeitige Mehrheit von CDU und FDP damit durch, bei den „kleinen“ Schulen 10 Prozent zu kürzen.

Christa Caspari



52 Jahre alt, verheiratet, Stadträtin seit 1994
Beruf: EDV-Organisatorin
Themenschwerpunkte: Schulpolitik, Sozial-, Kinder- und Jugendpolitik
Mitglied u.a. im Schulbeirat, Sportausschuss
Hobbies: Segeln, Kanu, Reiten

n SPD lehnt Zuschusserhöhung für das Staatstheater ab

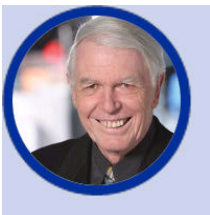
Im Nachtragshaushalt sind von der Stadtverwaltung Mehrausgaben für das Staatstheater in Höhe von **765.000 Euro** eingestellt worden. Dies überrascht, war doch einmal daran gedacht worden, beim Staatstheater ähnlich einzusparen wie bei den anderen Kultureinrichtungen. Die Erhöhung entspricht in etwa dem Betrag, der durch die Kürzungen bei den freiwilligen Leitungen im Sozial-, Kultur- und Sportbereich eingespart wird. Die SPD-Fraktion kann dies nicht akzeptieren und ist sich sicher, dass eine breite Mehrheit in der Bevölkerung nicht verstehen kann, dass auf der einen Seite bei den kleinen Vereinen und Verbänden gespart wird und möglicherweise Strukturen zerstört werden, auf der anderen Seite eine große Einrichtung wie das Staatstheater eine Erhöhung erhält.

Die SPD-Fraktion hatte deshalb mit einem Antrag für den Nachtragshaushalt die Erhöhung für das Staatstheater in Höhe von 765.000 Euro abgelehnt.

v Karlsruhe bewirbt sich mit Zustimmung der SPD um Kulturhauptstadt

Am 16. Dezember 2003 hat der Gemeinderat mit überwältigender Mehrheit die Bewerbung Karlsruhes für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 beschlossen. Mit einer Ausnahme hat auch die SPD-Fraktion geschlossen für das Projekt gestimmt. Trotz der angespannten finanziellen Lage hat die SPD Fraktion der Bewerbung zugestimmt, weil Karlsruhe ein zukunftsweisendes Projekt braucht. Die Bewerbung um die Bundesgartenschau, hinter der eine große Mehrheit der Karlsruher Bevölkerung stand, wurde von CDU und FDP "in den Sand gesetzt". Diesen Parteien ist es zu verdanken, dass die Planung eines grünen Karlsruhes vom Turmberg bis an den Rhein nicht umgesetzt wird. Olympia 2012 in Stuttgart mit einer Beteiligung Karlsruhes ist gescheitert, weil die Schwaben keine überzeugende Bewerbung zustande gebracht haben. Vor einigen Wochen ist Karlsruhe bei der Bewerbung um die Wissenschaftsstadt 2005 durchgefallen, weil, so die Jury, von der Bewerbungsschrift kein Funke übersprungen ist und ein roter Faden nicht sichtbar war. So konzentrieren sich nun die Hoffnungen auf die Kulturhauptstadt. Die SPD-Fraktion hat angemahnt, in die Bewerbungsschrift einen klaren roten Faden zu legen, wobei auch soziale Belange zu berücksichtigen sind.

Dr. Heinrich Maul



68 Jahre alt, verheiratet, Stadtrat seit 1980, Fraktionsvorsitzender
Beruf: Rechtsanwalt, Richter am BGH a.D.
Themenschwerpunkte: Haushalt, Finanzen, Recht, Sport
Mitglied u.a. im Hauptausschuss, Sportausschuss
Hobbies: Alpinski, Tennis, Theater, Literatur

v Bürgerbegehren Botanischer Garten bei Enthaltung der SPD gescheitert

In der Gemeinderatssitzung am 17. Februar ist das Bürgerbegehren gegen die Erweiterung des Bundesverfassungsgerichts mit Stimmen von CDU, FPD und KAL bei Enthaltung der SPD und der Grünen abgelehnt worden. Rechtlich gesehen ist das Bürgerbegehren unzulässig: Zum einen, weil die erforderlichen 20.000 Unterschriften nicht vorhanden sind, zum anderen, weil die Bebauung des Botanischen Gartens nicht unter die bürgerentscheidsfähigen Angelegenheiten des Art. 21 Gemeindeordnung fällt. Trotz der rechtlich eindeutigen Lage hat sich die SPD enthalten, um deutlich zu machen, dass sie für mehr Bürgerentscheide in der Karlsruher Kommunalpolitik eintritt. Ein entsprechender Antrag an den Gemeinderat, die Hauptsatzung zu ändern, war vor einigen Jahren von der derzeitigen Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt worden. Die SPD hat auch in ihrem Wahlprogramm das Thema Bürgerentscheide zum Thema gemacht.